

***Wortbeiträge der LINKEN im Heilbronner Kreistag auf der Sitzung vom  
23.7.18 in Neuenstadt*** (es gilt das gesprochene Wort)

*TOP 1 Nachtragshaushalt 2018 (von Kreisrat J. Müllerschön)*

Anrede ...Bereits letztes Jahr hat Kreisrat Friede zu dem TOP ausgeführt, „dass der Nachtragshaushalt auch immer ein guter Zeitpunkt für eine Zwischenbilanz der Haushaltswirtschaft sei“.

Wir sehen das genauso, deshalb auch von uns ein kurzer Rückblick und ein größerer Ausblick. Um 800 000 Euro, hat sich das ordentliche Ergebnis verbessert. Es wundert uns LINKE nicht wirklich, der Nachtragshaushalt war in der Vergangenheit immer günstiger wie der vom Kreistag beschlossene Entwurf. Ich kann mich da wohl meinen Vorrednern anschließen.

Allerdings wollen wir als LINKE darauf hinweisen, dass die von uns festgestellte Wohnungsnot im Landkreis vor allem im Bereich von bezahlbaren Mietwohnungen noch nicht behoben ist. Die nicht einmal Haushaltrelevante Forderung von uns nach einem jährlichen Wohnungsbaubericht hat deshalb ebenso seine Berechtigung wie die von uns geforderte Stelle: „Koordination Sozialer und preisgebundener Mietwohnungsbau“ im Dezernat 2: Finanzen und Liegenschaften. Mit dem verbesserten Ergebnis im Nachtragshaushalt wären die dazu notwendigen 77 000 Euro/im Jahr finanzierbar. Bezahlbarer Wohnraum für alle, soziale und ökologische Mobilität, wohnortnahe und gute Gesundheitsversorgung, demokratische Teilhabe und Beteiligung in Rathäusern und Landratsämtern sind auch im Haushalts- und Wahljahr 2019 Schwerpunkte LINKER Kommunalpolitik. Wir stimmen dem Nachtragshaushalt 2018 zu und freuen uns über unsere gestalterischen Möglichkeiten beim Haushaltsplan 2019.

*TOP 2 bis 9 zu den SLK Kliniken (von Kreisrat Florian Vollert)*

Anrede..Das Thema Gesundheitsversorgung und Krankenhausfinanzierung ist weiterhin spannend und wir sind den Betroffenen( Bewohnerinnen und Bewohner, Patientinnen und Patienten, Angehörigen aber auch den Beschäftigten in den sozialen und Gesundheitsberufen) eine klare Positionierung zu dem Thema schuldig. Die Diskussionen zur Zukunft der Krankenhäuser bewegt die Republik, auch hier in unserem Stadt- und Landkreis. Am vergangenen Donnerstag gab es eine Diskussion im "Stimme DIALOG" der Heilbronner Stimme u.a. mit einer SLK-Verantwortlichen und dem zuständigen Gewerkschaftssekretär von Verdi. Es waren soweit ich gesehen habe bedauerlicherweise nur 2 Kreisräte bei der Diskussion - Johannes Müllerschön und ich. Daher bin ich so frei euch von dort zu berichten. Der

Gewerkschaftssekretär findet wie wir, dass die Service GmbH innerhalb der SLK falsch ist wenn es bei der GmbH nur darum geht die Anwendung des TVöD zu umgehen. Und was der Gewerkschaftssekretär, selbst ehemalige Pflegekraft, klar stellte, in der Service GmbH arbeiten eben auch Pflegekräfte, Physiotherapeuten und weitere Berufsgruppen ohne einen ordentlichen Tarifvertrag sondern zu Abarten des Gebäudereiniger-Tarifvertrages, für uns ein anhaltender Skandal und eines kommunalen Betreibers unwürdig.

Und nun soll mit den Beschäftigten der Regionalen Gesundheitsholding eine weitere GmbH gegründet werden, die nicht Tarifgebunden sein soll. Selbst wenn dort Beschäftigte angeblich übertariflich bezahlt werden, bietet ein Tarifvertrag auch in anderen Bereichen wie bei der Anzahl der Urlaubstage, beim Kündigungsschutz, Arbeitszeit etc. einen Schutz. Ein ordentlicher Tarifvertrag regelt auch den Anspruch auf eine betriebliche Altersvorsorge, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Qualifikationsansprüche und viele mehr. Wer garantiert, dass dann zukünftige MitarbeiterInnen nicht über diese GmbH eingestellt werden, die dann auf einmal unter Tarif bezahlt werden sollen. So gibt es in der GmbH nicht nur Manager, wie der Name suggerieren könnte, sondern auch Sachbearbeiter und Hygienefachkräfte.

Wir werden dem Punkt 6 mit der Gründung einer Management GmbH nicht zustimmen.

Selbst der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn fordert Tarifverträge für die Beschäftigten der Krankenhäuser. Dass es am besten allgemeinverbindliche Tarifverträge sein sollen, hat er noch vergessen. Das wäre aber eine sinnvolle Forderung, da es dann keine Wettbewerbsvorteile durch Lohndumping geben würde.

Wir haben als Gesellschafter eine Verantwortung für die Mitarbeiter und darüberhinaus auch für die ausreichende Versorgung der Patienten.

Damit sind wir auch beim Thema Personaldecke. Selbst wenn die Situation in den SLK Kliniken besser als in anderen Krankenhäusern nach eigenen Angaben zu scheinen sei, so ist die Personalnot nach Jahrzehnten des Personalabbaus in den Krankenhäusern auch in unserer SLK ein großes Thema. So unterschrieben 400 Beschäftigte einen Offenen Brief, in dem sie die Zustände im Krankenhaus aufgrund der dünnen Personaldecke als nicht mehr tragbar bezeichnen. 400 Beschäftigte! Ein Hilferuf an die verschiedenen Ebenen der Politik, übrigens weitgehend unverhüllt. Auch so ein Skandal, man lässt die Beschäftigten mit ihren Sorgen und Nöten, die in ihrer Auswirkung ja uns alle als Patienten treffen können, in der Luft hängen.

Als LINKE haben wir auf den Offenen Brief reagiert und sind mit unserer Bundestagsabgeordneten zur Verdi-Betriebsgruppe innerhalb der SLK und haben uns informiert. Das sollte man sich anhören, dann versteht man auch

unser Anliegen hier gemeinsam eine Resolution zu verabschieden, deren Ziel ist mehr Personal in die Krankenhäuser bringen zu können.

Es besteht nun die Möglichkeit durch positive Ansätze in einem aktuellen Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Gesundheit eine Verbesserung der Situation bei den Pflegekräften in den Krankenhäusern herbeizuführen.

Da der Referentenentwurf nun in das Gesetzgebungsverfahren kommt und sicher von entsprechenden Lobbyisten (etwa für private Krankenhauskonzerne) unter Beschuss kommt, halten wir es für notwendig als KommunalpolitikerInnen entsprechend Lobbyarbeit für die SLK-Beschäftigten, die PatientInnen und unsere Krankenhäuser zu machen.

Uns kommt es dabei auf 2 Punkte im Entwurf an, für diese sollten wir streiten.

\* Im Referentenentwurf sind die volle Finanzierung der Pflegekräfte und der zukünftigen Tarifierhöhungen ohne Eigenanteil der Krankenhäuser angedacht.

\* Und die Pflegepersonalkosten werden erstmalig wieder aus dem Fallpauschalensystem (DRGs) herausgenommen und zu Selbstkosten finanziert.

Als LINKE halten wir diese Punkte in dem Referentenentwurf als ein erster richtiger Schritt weg von der Profitlogik, die in der Gesundheitsversorgung keine Rolle spielen sollte.

Wir bitten Euch/Sie diese Resolution gemeinsam zu verabschieden. Wir haben angeboten aus unserem Vorschlag ein fraktionsübergreifender Antrag oder ein Antrag der Verwaltung zu machen. Der entsprechende Entwurf kann auf der Seite des Bundesgesundheitsministeriums nachgelesen werden und wurde von uns an Verwaltung und Fraktionsvorsitzende verschickt, mit der Bitte um Weiterleitung an alle Kreisräte. Leider wurde bisher kein gemeinsamer Vorschlag für eine Resolution daraus.

Unter Punkt 2 möchten wir folgende Resolution abstimmen lassen, die in ihrer Wirkung den nächsten Jahresabschluss deutlich verbessern könnte.

Es geht uns darum für eine bessere Finanzierung der Personalkosten zu werben und halten dafür eine frühe Meinungsäußerung für sinnvoll!

Unser Antrag:

Der Kreistag möge folgende Resolution beschließen:

Der Kreistag im Heilbronner Landkreis unterstützt die Absicht des Referentenentwurfs aus dem Bundesgesundheitsministerium „Entwurf eines

Gesetzes zur Stärkung des Pflegepersonals“ zur besseren Finanzierung des Pflegepersonals.

Als Landkreis sind wir Gesellschafter der SLK-Kliniken. Wir sind für die Gesundheitsversorgung im Landkreis verantwortlich und sehen unsere kommunalen Krankenhäuser gut aufgestellt. Das große Problem unserer Krankenhäuser ist, wie anderswo auch, der zu geringe Personalschlüssel. Die Krankenhäuser tun sich schwer, ebenfalls wie anderswo, bei der Finanzierung der Personalkostenanteile. Die Finanzierung der Pflegekräfte über das Fallpauschalensystem tut ihr übriges zur unbefriedigenden Situation.

Umso mehr freut uns die Absicht im aktuellen Referentenentwurf zum PpSG diese Probleme auf Bundesebene anzugehen. Diese Absicht wollen wir mit unserem Votum für diese Resolution unterstützen.

#### *TOP 11 Mobilitätspakt Heilbronn-Neckarsulm (von Kreisrat J. Müllerschön)*

Anrede, ....Wir freuen uns zunächst mal, dass der wichtige Mobilitätspakt es nach einem Jahr erstmals überhaupt auf die Tagesordnung unseres Kreistagsgremiums geschafft hat. Im ersten Punkt wird über die fleißige Arbeit der Verwaltung berichtet beim schwierigen, kreisübergreifenden Ringen um Fahrkilometer und Finanzierung. Bei der Ergebnisbewertung schließe ich mich gerne parteiübergreifend dem Offenauer FWV Gemeinderat Jürgen Kowol an, der in der Heilbronner Stimme letzte Woche erklärte: „Da geschehen viele Dinge klein-klein, aber der große Wurf ist es nicht“. Wir fordern im nördlichen Landkreis und natürlich auch im ganzen Landkreis, den Halbstundentakt und zwar auf allen drei Schienenstrecken Richtung Sinsheim, Mosbach und Möckmühl-Roigheim. Der bestehende Verkehrskollaps im nördlichen Landkreis lässt sich ohne diesen Halbstundentakt nicht bewältigen, im Gegenteil durch die Verlagerung der LIDL Deutschlandzentrale nach Bad Wimpfen und durch weitere von Bürgermeister Frei angesprochene Konzern Erweiterungsbauten wird der Kollaps eher noch zunehmen.

Sowohl beim notwendigen klein-klein der Verbesserungen im ÖPNV, wie auch auf der Suche nach dem großen Wurf wünschen wir LINKE uns mehr und effektiveres Engagement der Verwaltungsspitze. Dies gilt zum Beispiel zum B 27 Anschluss in Neckarsulm. Immerhin gibt es dort, im heimlichen Hauptstädtle des Landkreises eine neue, lebendige Beteiligungskultur. Allerdings ist dieser Anschluss ja nicht nur ein Neckarsulmer Problem, sondern betrifft die gesamte verstopfte und verstaute Lebensader B 27 im Norden des Landkreises. Wie effektiveres Engagement organisiert werden kann, hat Ihnen Herr Piepenburg

mein Fraktionskollege Florian Vollert schon auf der Kreistagssitzung im Oktober in Langenbeutungen vorgeschlagen, ich zitiere aus der Niederschrift:

Bei dem gesellschaftlich so wichtigen Thema Verkehrsentwicklung scheine der Kreistag schlecht informiert zu sein. Beim Beschluss zum Nahverkehrsplan 2013 hätten sie die Einrichtung eines dauerhaften Arbeitskreises nach Sinsheimer Vorbild gefordert und seien ausgelacht worden. Die Kreistagsmitglieder wären heute schlauer, die Deutungshoheit im Landkreis würde bei dieser wichtigen Frage nicht bei privaten Konzernen liegen. (NS der KTS vom 23.10.18)

Doch zurück zur Drucksache. Immerhin kennt die Verwaltung die Hinderungsgründe für einen Halbstundentakt auf der Schiene im nördlichen Landkreis. Die Unsitte, Verbesserungen vorzugaukeln, durch Verschieben von Zugkilometer und Wagenmaterial von der einen auf die andere Strecke und umgekehrt, muss aufhören. Die „umfangreiche Infrastrukturausbaumaßnahmen“ (konkret die Engpässe bei Möckmühl und beim AUDI Werk) müssen jetzt endlich zügig angegangen werden.

Zusammen mit meinem Fraktionsvorsitzenden in der Regionalversammlung Armin Waldbüßer und anderen habe ich im Mai in Willsbach einen erfolgreichen Mobilitätskongress mitorganisiert. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich bei allen Kreisrätinnen und Kreisräte die an diesem Pfingstamstag im Mai sich die Zeit zur Teilnahme genommen haben. Dieser Kongress hat mir gezeigt, dass das Thema „Mobilität der Zukunft“ nicht nur polarisiert und spaltet, sondern auch geeignet ist, um Kommunalpolitiker parteiübergreifend an einen Konferenztisch zu bekommen. Das kann aber nur der Anfang sein, Taten müssen folgen. Alle im Kreistag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der AfD und dehenen fällt zum Thema Zukunft eh nichts vernünftiges ein) waren auf diesem Kongress vertreten. Danke!

Immerhin drei Fraktionen dieses Kreistags (Grüne-ödp-LINKE) haben sich in Folge darauf geeinigt genau diese Infrastrukturmaßnahmen mit aufzunehmen in einen Forderungskatalog bzw. in ein Positionspapier zur Zukunft der Mobilität. Wir bleiben bei diesem Thema dran, hier im Kreistag, in den Ausschüssen, in der Regionalversammlung und auf den Straßen und Plätzen zusammen mit der Bevölkerung.

Lieber Herr Piepenburg, die Überschrift unserer heutigen Drucksache ist ein bisschen verräterisch: Mobilitätspakt **Wirtschaftsraum** Heilbronn-Neckarsulm. Es geht nicht nur um den sicher wichtigen, Wirtschaftsraum und um infrastrukturelle Konzerninteressen, sondern es geht im nördlichen Landkreis auch um den **Lebensraum** von mindestens 138 413 Menschen, die in den Wahlkreisen Neckarsulm, Möckmühl, Bad Friedrichshall und Bad Rappenau

wohnen und arbeiten. Und die Bedeutung geht natürlich weit über den Landkreis hinaus in die Region.

Dem Antrag der Verwaltung und der Finanzierung der klein-kleinen Verbesserungen stimmen wir als LINKE zu, auch wenn wir lieber den großen Wurf mit auf den Weg bringen würden.

*TOP 14 Neubestellung eines Naturschutzbeauftragten (von KR J.Müllerschön). Nach unerwartet langer Sitzungsdauer (über 4 Stunden) wurde der Top 14 ohne Diskussion beschlossen. Den bereits vorbereiteten Beitrag geben wir deshalb hier zu Protokoll, auch wenn das im Kreistag nicht unbedingt üblich ist.).*

Anrede ...Seit ich 2009 in den Kreistag gewählt wurde, haben wir hier im Gremium schon öfters Naturschutzbeauftragte bestellt. Lieber Herr Waldvogel, auch die LINKE im Heilbronner Kreistag wird ihrer Bestellung und dem Beschlussantrag zustimmen. Wir wollen aber auch die Chance nutzen, um an dieser Stelle die Aufgaben von Naturschutzbeauftragten im Zusammenwirken mit der unteren Umweltbehörde im Landratsamt genauer zu betrachten. Im Zusammenhang mit dem Waldwegebau im Zabergäu und in Beilstein ist diese Behörde ins kritische Blickfeld der Öffentlichkeit geraten unserer Meinung nach zu Recht. Wenn engagierte Menschen und Umweltschützer ans Landratsamt kritische Fragen stellen dann haben Sie auch ein Recht auf zeitnahe Rückmeldung. Laut Heilbronner Stimme vom 23.3.18 schreibt eine solche Auskunftspflicht auch das Umweltverwaltungsgesetz vor. Der Naturpädagoge Peter Kochert aus Pfaffenhofen wartet bis heute auf eine qualifizierte Rückmeldung aus dem Landratsamt. Wir sollten die Frage Verwendung von geprüftem Bauschutt im Waldwegebau öffentlich diskutieren, abwägen und dann entscheiden. Herr Waldvogel, Ihnen und ihren fünf Kolleginnen und Kollegen wünschen wir ein waches Auge und viel Erfolg bei ihrer spannenden, und notwendigen Aufgabe als Naturschutzbeauftragte des Landkreises Heilbronn.